

"Ein erfolgreicher Sondergipfel" in Luxemburger Wort (24. November 1997)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 24.11.1997, n° 270; 150. Jg. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"ein_erfolgreicher_sondergipfel"_in_luxemburger_wort_24_november_1997-de-43414f1d-7277-4b6e-a2fe-d336303f7349.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Ein erfolgreicher Sondergipfel

Der Luxemburger Beschäftigungsgipfel war ein Erfolg. Kein spektakulärer gewiß, aber gemessen an den realistischen Erwartungen, die an das Treffen gerichtet werden durften, doch alles andere als ein Scheitern. Es muß in Erinnerung gerufen werden, daß die Europäische Union im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nur mit angezogener Handbremse agieren darf, mehr haben ihr die Mitgliedstaaten, die die Beschäftigungspolitik eifersüchtig als ihre Domäne betrachten, nicht zugestanden, auch nicht im Amsterdamer Vertrag. Und zieht man in Betracht, daß bedeutende Länder wie Deutschland, Großbritannien und die Niederlande Verpflichtungen auf konkrete Vorgaben im Vorfeld ablehnten, muß von einem erfolgreichen Treffen gesprochen werden.

Der Erfolg wurde diesmal vom Klassenbesten herbeigeführt. Als „primus inter pares“ gelang es Regierungschef Jean-Claude Juncker in seiner Maklerrolle weitgehend seine Ziele durchzusetzen. Das mag ihm diesmal Grollen bei alten Freunden eingebracht haben, aber der Ratspräsident stellte die Sache über alte Freundschaften. Sein fast selbstloser Einsatz ist umso mehr zu würdigen, als Luxemburg mit einer Arbeitslosenquote von „nur“ 3,4 Prozent und der jährlichen Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen von allen EU-Staaten von der Beschäftigungskrise am wenigsten betroffen ist. „Praktisch Vollbeschäftigung“ herrsche im Großherzogtum, schrieb am Samstag die angesehene „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

Junckers Erfolg ist auch eine überzeugende Antwort für jene im eigenen Land, die ihn kurz vor dem Gipfel noch aufforderten diesen mangels Erfolgsaussichten abzusagen. Er strafte ferner diejenigen Lügen, die dem Sondertreffen nur eine weitere Literaturanreicherung zum Thema „Beschäftigung“ voraussagten. Zu Euphorie besteht dennoch kein Anlaß. Der Europäische Ratspräsident bezeichnete das Ergebnis nach dem Treffen selbst realistischerweise als Ausgangspunkt und nicht als Ziellinie.

Zu den quantifizierbaren Zielen gehört die Verpflichtung auf eine bessere Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Verhütung von Langzeitarbeitslosigkeit. Arbeitslosen Jugendlichen soll spätestens nach sechs Monaten ein Neuanfang in Form eines Arbeitsplatzes, einer Ausbildung oder Umschulung ermöglicht werden, den arbeitslosen Erwachsenen innerhalb von zwölf Monaten zu einem neuen Job oder einer Fortbildungsmaßnahme verholfen werden. Außerdem soll die Quote der in Ausbildung befindlichen Arbeitslosen von derzeit nur 10 auf 20 Prozent angehoben werden.

Das Ergebnis stellt einen Kompromiß zwischen den Klassenbesten und Klassenletzen dar. Luxemburg war dafür eingetreten, die Ausbildungsquote auf mindestens 25 Prozent anzuheben, doch einigen Ländern war dies zu teuer. Kritisiert werden muß ebenfalls die Tatsache, daß den EU-Staaten eine lange Frist von fünf Jahren zugestanden wurde, um die Beschlüsse bei der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit umzusetzen. Hier mag bei vielen der Wunsch mitgespielt haben, der Markt inklusive der Euro werde die Dinge bis dahin schon richten. Doch darauf ist kein Verlaß.

Ebenso wichtig wie die genannten Ziele ist die beschlossene Methode. Sie sieht ein multilaterales Überwachungssystem vor und ist in ähnlicher Form bereits aus dem Maastrichter- und Amsterdamer Vertrag bekannt. Im Vorfeld der Währungsunion war diese Methode so erfolgreich, daß sie der Ratsvorsitz unbedingt auch in der Beschäftigungspolitik anwenden wollte. Danach legen die EU-Staaten jeweils im Sommer ihre nationalen Aktionspläne vor, mit denen sie die aufgestellten gemeinsamen Leitlinien verwirklichen wollen. Diese werden am Jahresende auf europäischer Ebene nach der Konvergenzmethode überprüft.

Die neue „Luxemburger Methode“ der multilateralen Überwachung erscheint nur auf den ersten Blick als harmlos. Strenge Sanktionen wie bei der Währungsunion, wobei denjenigen, die die Vorgaben verfehlen die Nichtteilnahme droht, sind in der Beschäftigungspolitik selbstverständlich ebenso wenig möglich wie Geldbußen nach dem Stabilitätspakt. Es kann jedoch erwartet werden, daß die neue Methode den Nerv der jeweiligen Regierung empfindlich treffen kann, dann nämlich wenn Nichtstuer öffentlich an den Pranger gestellt werden. Wie stark der Druck der Öffentlichkeit sein kann, zeigte bereits das Einlenken von Bundeskanzler Kohl am Freitag. Insbesondere in Wahlkampfzeiten will niemand zu Hause als Bremser dastehen und damit die nationale Opposition stärken.

Die Europäische Union war immer dann besonders erfolgreich, wenn sie sich mit festen Daten selbst unter Druck gesetzt hat. Dies galt für den Binnenmarkt ebenso wie für die Währungsunion. Wenn nunmehr das Jahr 2002 als Datum für die erwähnten Maßnahmen festgeschrieben wurde, kann möglicherweise ebenfalls der nötige Konvergenzstreß erzeugt werden.

Den Sozialpartnern kommt für die Verwirklichung einer aktiveren Beschäftigungspolitik in Europa eine besondere Verantwortung zu. Der Gipfel hat beschlossen, daß Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände alljährlich vor dem Dezember-Gipfel mit der EU-Troika - (aktuelle, vorangehende und nachfolgende Präsidentschaft) zu intensiven Beratungen zusammenkommen. Ihr Vorhalten wird somit ebenfalls auf den Prüfstand der Öffentlichkeit gelangen.

Bereits in drei Wochen steht das nächste EU-Gipfeltreffen in Luxemburg bevor. Dann geht es um ein weiteres großes Thema der Gemeinschaft, die Osterweiterung. Die Union und ihre Mitgliedstaaten dürfen dennoch keineswegs die Haltung einnehmen als sei die Beschäftigungspolitik seit dem Wochenende abgehakt. Jetzt geht es erst einmal darum, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Viele der Ziele waren bereits vor drei Jahren in Essen und dann noch einmal vor fünf Monaten in Amsterdam in die EU-Literaturgeschichte eingegangen und scheinen dort zu schlummern. Hoffentlich ist den Luxemburger Beschäftigungsleitlinien ein besseres Schicksal beschieden.

GeWe